



Heinz-Paul Bonn

**Vizepräsident BITKOM
Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und neue Medien e. V.**

Pressekonferenz anlässlich des 1. Deutschen ITK-Mittelstandstages

Berlin, 24. November 2005

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich begrüße Sie zum ersten Deutschen Mittelstandstag der IT- und Telekommunikationswirtschaft. Auf dem ITK-Mittelstandstag berichten Unternehmen aus dem Mittelstand, wie sie durch den Einsatz moderner Informations- und Telekommunikationstechnik ihren wirtschaftlichen Erfolg gesteigert haben. Unternehmen senken mit einer modernen IT nicht nur die Kosten. Sie erhöhen damit die Zufriedenheit ihrer Kunden, erschließen neue Märkte und steigern damit Umsätze und Gewinne. Der Einsatz von moderner ITK-Technik ist wichtig, um im globalen und im lokalen Wettbewerb – denn hier bewegen sich die meisten Mittelständler – bestehen zu können. Das sichert und schafft Arbeitsplätze.

Der ITK-Mittelstandstag findet nicht in einem beliebigen Kongresszentrum statt, sondern in den Konferenzräumen des Bundeswirtschaftsministeriums. Das hat einen guten Grund: Der Mittelstand steht im Fokus der Politik, denn der Mittelstand ist für die deutsche Volkswirtschaft Wachstumsmotor, Ausbildungszentrum und Jobmaschine in einem. Deshalb ist es wichtig, dass der Mittelstand fit für die Zukunft wird, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Um diese Fitness zu erreichen, müssen die Betriebe moderne ITK-Systeme einsetzen. Die Realität stimmt indes bedenklich: Nach einer aktuellen Studie des Magazins Impulse steht bei fast der Hälfte der deutschen Mittelständler Hardware, die älter als drei Jahre ist. Fast 40 Prozent arbeiten mit ebenso alten Programmen.

Worüber sprechen wir, wenn wir über den Mittelstand reden? Nach der Definition des Instituts für Mittelstandsforschung hat ein kleines oder mittleres Unternehmen bis zu 500 Mitarbeiter und einen Umsatz bis zu 50 Millionen Euro. In Deutschland sind das rund 3,3 Millionen Unternehmen. Kleine und mittlere Unternehmen stellen in Deutschland fast 80 Prozent aller Arbeitsplätze. Nach Angaben der Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW ist die Zahl der Mitarbeiter in mittelständischen Betrieben zwischen 1996 und 2003 um 1,5 Prozent gestiegen. Und das bei insgesamt steigender Arbeitslosigkeit. 82 Prozent sämtlicher Ausbildungsplätze befinden sich in Betrieben dieser Größenordnung. Der Mittelstand erwirtschaftet fast die Hälfte der Bruttowertschöpfung in Deutschland.

Die Politik hat den Mittelstand – ich zitiere aus dem Hightech-Masterplan der alten Bundesregierung – als „Motor für neues Wachstum und neue Arbeitsplätze“ entdeckt. Die neue Regierung will ebenfalls erreichen, dass kleine und mittelständische Firmen wettbewerbsfähiger werden. Dieser Anspruch deckt sich mit den Zielen, die der BITKOM in seinem Mittelstandsprogramm formuliert hat. Kernaufgabe ist dabei die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die ITK-Branche kann ihren Teil dazu beitragen. Bei einer aktuellen Umfrage unter den mittelständischen BITKOM-Mitgliedern gaben 56 Prozent der Befragten an, dass sie im kommenden Jahr zusätzliche Arbeitsplätze schaffen wollen. Nur 13 Prozent wollen Stellen streichen. Das stimmt uns zuversichtlich.

Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller hat vor einer Woche folgendes gesagt: Neue Jobs entstehen kaum noch in den Großunternehmen, sondern vor allem im Mittelstand. Deswegen muss Beschäftigungspolitik, so wörtlich, Mittelstandsvorrangpolitik sein. Da liegen wir ganz auf einer Linie. Es stellt sich aber die Frage, ob die neue Bundesregierung den hehren Worten in ihrem Koalitionsvertrag Taten folgen lässt.

Der BITKOM hat sechs Handlungsfelder identifiziert, die im Mittelpunkt einer Politik für den Mittelstand stehen sollten: Dazu zählen die Vereinfachung des Steuerrechts, der Abbau von Bürokratie, die Flexibilisierung des Arbeitsrechts, eine Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für den Mittelstand, eine mittelstandsgerechte Innovations- und Forschungspolitik sowie ein Vergaberecht, das kleinen und mittleren Unternehmen die reelle Chance gibt, öffentliche Aufträge zu bekommen.

Was ist davon im Koalitionsvertrag zu finden? Mit den steuerpolitischen Maßnahmen sind wir nicht zufrieden. Sie sind widersprüchlich und nicht konsequent genug. Zwar wird die degressive Abschreibung wieder erhöht, was einen Investitionsanreiz geben soll. Aber die Wirkung degressiver Abschreibungen kann sich nur voll entfalten, wenn der dadurch entstehende Verlust steuerlich voll anerkannt wird. Das aber ist nicht gewährleistet, solange die Mindestgewinnbesteuerung gilt. Außerdem ist die degressive Abschreibung nicht auf immaterielle Wirtschaftsgüter anwendbar – mittelständische Software-Anbieter können davon also nicht profitieren.

Auf der anderen Seite treffen uns die steuerlichen Mehrbelastungen ab 2007 besonders hart. Wegen des scharfen Preiswettbewerbs werden es sich viele ITK-

Unternehmen nicht leisten können, die Mehrwertsteuererhöhung an die Verbraucher weiterzugeben. Das gilt besonders für Hardware-Hersteller und Anbieter von Telekommunikationsdiensten. Die Unternehmen werden neben Umsatzeinbußen also auch eine Verringerung ihrer Gewinnmarge verkraften müssen.

Deshalb ist mehr denn je eine grundlegende Unternehmenssteuerreform, die den Mittelstand entlastet, dringend erforderlich. Sie sollte möglichst noch vor 2008 in Kraft treten. Die Unternehmenssteuerreform muss das Ziel haben, das Steuerrecht zu vereinfachen, damit gerade kleinere Unternehmen ihre personellen und finanziellen Ressourcen auf ihre eigentliche Geschäftstätigkeit konzentrieren können. Wir plädieren dafür, eine Substanzbesteuerung zu vermeiden und deshalb die Mindestbesteuerung abzuschaffen. Die Gewerbesteuer sollte durch einen Kommunalzuschlag auf die Ertragssteuern ersetzt werden.

Die Maßnahmen im Arbeitsrecht sind ebenfalls weit davon entfernt, den Anforderungen der Wirtschaft gerecht zu werden. Die Verlängerung der Wartezeit zum Kündigungsschutz auf 24 Monate macht keinen Sinn. Ein Beschäftigungseffekt ist davon jedenfalls nicht zu erwarten. Die Regelung hat für viele Unternehmen sogar Nachteile, weil gleichzeitig die befristeten Arbeitsverhältnisse eingeschränkt werden. Innovative Wirtschaftszweige wie die ITK-Branche arbeiten zunehmend Projekt-orientiert. Befristete Arbeitsverhältnisse sind deshalb gang und gäbe. Künftig müssen die Unternehmen die Mitarbeiter unbefristet einstellen und ihnen spätestens nach zwei Jahren kündigen. Das ist dem Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht förderlich.

Stattdessen wäre es sinnvoll gewesen, die Möglichkeiten der Befristung auszudehnen, um mehr Flexibilität in den Arbeitsmarkt zu bringen. Vor zwei Tagen hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass befristete Arbeitsverhältnisse für ältere Arbeitnehmer ab 52 Jahren eine Diskriminierung darstellen und deshalb nicht rechtmäßig sind. Es wäre die falsche Reaktion, diese Möglichkeit künftig zu verbauen. Das Gegenteil sollte der Fall sein: Zumindest zwei befristete Arbeitsverträge in Folge oder andere, flexible Regelungen sollten für alle Arbeitsverhältnisse möglich sein.

Auch ein Wahlrecht des Arbeitnehmers zwischen gesetzlichem Kündigungsschutz und einer Abfindung hätte den Unternehmen eine Erleichterung gebracht und die Arbeitsgerichte entlastet – ohne dem einzelnen Arbeitnehmer zu schaden.

Viel vorgenommen hat sich die neue Bundesregierung beim Thema Bürokratieabbau. Mittelstandsvertreter wie ich bekommen feuchte Augen, wenn sie die entsprechenden Passagen im Koalitionsvertrag lesen. Mit einem eigenen Gesetz will die Koalition die Unternehmen – ich zitiere – von „wachstumshemmender Überregulierung befreien und dem Mittelstand mehr Luft zum Atmen verschaffen“. Der Vertrag nennt den Abbau von Statistik-, Nachweis-, Dokumentations- und Buchführungspflichten, die Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, den Abbau von Doppel- und Mehrfachprüfungen, die Vereinheitlichung von Schwellenwerten im Bilanz- und Steuerrecht... und, und, und.

Der BITKOM fordert seit langem die Einführung von Instrumenten zur Gesetzesfolgenabschätzung. Die Politiker und die Betroffenen sollten wissen, welche Folgen ein Gesetz hat und welche Kosten es verursacht. Auch das ist mit der Einrichtung eines so genannten Normen-Kontrollrats im Koalitionsvertrag berücksichtigt.

Ich wünsche der Bundesregierung bei der Umsetzung viel Erfolg. Leider hat es in der Vergangenheit – das muss gesagt werden – schon einige Initiativen dieser Art gegeben. Viel herausgekommen ist dabei nicht. Bürokratie verteilt Macht – Bürokratieabbau wird also zwangsläufig auf den Widerstand derjenigen treffen, die Macht abgeben müssen. Die neue Bundesregierung muss sich zum Wohl der Allgemeinheit gegen die Interessen Einzelner und durchaus auch gegen den Protest von hoch bezahlten Berufslobbyisten durchsetzen. Der Nutzen für das Land muss im Vordergrund stehen. Für solche Vorhaben ist eine große Koalition bestens geeignet.

Die Regierungsparteien haben erkannt, dass die Finanzierungsbedingungen für den Mittelstand verbessert werden müssen. Viele Banken haben sich in den letzten Jahren aus dem Mittelstandsgeschäft zurückgezogen oder vergeben Kredite nur noch sehr restriktiv. Dazu kommt, dass die mittelständischen Unternehmen in Deutschland traditionell eine sehr geringe Eigenkapitaldecke haben. Das verschlechtert ihre Finanzierungsmöglichkeiten mit Blick auf die Basel-II-Regeln zusätzlich. Als Drittes kommt hinzu, dass der Markt für

Risikokapital in Deutschland regelrecht eingebrochen ist. Die Unternehmen brauchen aber dringend Wachstumskapital, um neue Produkte zu entwickeln und diese auf den nationalen und internationalen Märkten durchzusetzen.

Die Große Koalition will hier gegensteuern. Die KfW-Mittelstandsbank soll bestehende Finanzierungsprogramme verbessern und neue Programme für den Mittelstand entwickeln. Die Förderung des ERP-Sondervermögens soll vollständig erhalten bleiben und die Abschreibungsbedingungen verbessert werden. Das alles ist richtig und deckt sich weitgehend mit den Vorschlägen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben.

Negativ wirkt hier allerdings die angekündigte unbeschränkte Besteuerung von Gewinnen aus Aktienverkäufen. Diese Regelung wird es für Privatanleger unattraktiver machen, ihr Ersparnis in junge, innovative Technologiefirmen zu investieren.

Die Bundesregierung hat angekündigt, das sehr komplexe und unübersichtliche Vergaberecht zu vereinfachen, um öffentliche Investitionen zu beschleunigen. Die geltenden EU-Vorschriften sollen nur für Großprojekte angewendet werden, um nicht die für den Mittelstand wichtige Vielzahl der kleineren Aufträge zu verhindern. Auch sollen öffentliche Aufträge – wo immer das möglich ist – in mittelstandsgerechten Losen vergeben werden. Das alles tragen wir mit. Gleichzeitig sollen Ausbildungsbetriebe bei der öffentlichen Auftragsvergabe bevorzugt werden. Das klingt gut, führt im Ergebnis aber zu mehr Aufwand für die Unternehmen und zu einer Verzerrung des Wettbewerbs. Auswahlkriterien, die mit dem Auftrag selbst nichts zu tun haben, sollten im Vergabeverfahren außen vor bleiben.

Letzter Punkt ist die Förderung von Innovationen. Der Koalitionsvertrag enthält umfangreiche Passagen zum Thema Forschungsförderung. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung sollen auf einen Anteil von 3 Prozent am Bruttoinlandsprodukt steigen. Derzeit liegt er bei 2,5 Prozent. Wichtig ist, dass die Forschungsprogramme die Bedürfnisse des Mittelstandes berücksichtigen. Sie müssen einfach verständlich und die Teilnahmebedingungen müssen transparent sein. Es ist richtig, dass die Bundesregierung die Projektförderung stärkt. Hier können sich kleinere Unternehmen am besten einbringen. Für die ITK-Branche muss es 2006 ein Nachfolgeprogramm geben, das auf das Europäische Forschungsrahmenprogramm abgestimmt ist.

Die Bundesregierung verpflichtet sich im Koalitionsvertrag, technologische Leuchtturmprojekte stärker zu fördern. Die Öffentliche Hand soll stärker als Nachfrager von Innovationen auftreten und deren Verbreitung unterstützen. Das sind Forderungen, die wir in den vergangenen Jahren gebetsmühlenartig wiederholt haben. Hierbei geht es ausdrücklich nicht darum, mit staatlichen Ausgaben die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Wir fordern keine Subventionen, wir fordern den modernen Staat. Wir müssen in die Informationstechnik der Schulen investieren, um unsere Kinder besser auszubilden. Wir müssen die ITK-Infrastruktur in den Verwaltungen verbessern, um Steuergelder zu sparen und den Bürgern einen besseren Service zu bieten. Wir müssen Projekte wie die elektronische Gesundheitskarte fördern, um alte Strukturen aufzubrechen und die Modernisierung des Gesundheitswesens zu beschleunigen.

In Zeiten leerer öffentlicher Kassen tragen moderne ITK-Systeme dazu bei, die Kosten zu senken. Zusätzlich muss der Staat deshalb alternative Finanzierungsmodelle nutzen. Dazu zählen öffentlich-private Partnerschaften. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag zwar das Ziel definiert, PPP-Projekte stärker zu fördern. Die Bedeutung privater Finanzierungsmodelle für das E-Government hat sie noch nicht in ausreichendem Maße erkannt.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss ein kurzes Fazit ziehen: Der Koalitionsvertrag enthält Licht und Schatten. Er enthält viele Absichtserklärungen, die es gilt, erfolgreich umzusetzen. Die ITK-Branche und der BITKOM werden ihren Teil dazu beitragen, dass dies gelingt.

Die Politik und die ITK-Wirtschaft verfolgen ein gemeinsames Ziel. Beide wollen den Mittelstand durch den Einsatz moderner ITK-Systeme fit für die Zukunft machen. Hier steht auch die ITK-Wirtschaft in der Verantwortung. In Zeiten zweistelliger Wachstumsraten – ich erinnere an den Hype der 90er Jahre – hat sie den Mittelstand vielleicht etwas vernachlässigt. Das ist endgültig vorbei: mittelständische Unternehmen sind als die derzeit wichtigste Kundengruppe erkannt. Für den Mittelstand ist das gut. Er wird von den großen Anbietern ernst genommen und die Konzerne passen ihre Produkte und Dienstleistungen an die Bedürfnisse des Mittelstandes an.

An keinen Ort und zu keiner Gelegenheit wird das deutlicher als bei der größten Hightech-Messe der Welt – der CeBIT in Hannover. Herr Umminger von der Deutschen Messe AG wird jetzt darüber berichten, was die CeBIT für die mittelständischen Messebesucher tun wird.

Vielen Dank!